

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 14. September 2022 / Mercredi matin, 14 septembre 2022

Finanzdirektion / Direction des finances

69 2021.RRGR.398 Motion 278-2021 Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)
Der Kanton Bern schafft die rechtlichen Grundlagen, um die Aktienmehrheit an der BEKB abzugeben

69 2021.RRGR.398 Motion 278-2021 Brönnimann (Mittelhäusern, PVL)
Le canton de Berne crée les bases légales pour céder sa participation majoritaire dans la BCBE

Vizepräsident. Wir kommen Traktandum 69, das ist eine Motion von Grossrat Brönnimann: Der Regierungsrat schlägt Annahme als Postulat vor. Ich übergebe das Wort dem Motionär.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (GLP), Motionär. Das wäre ja jetzt fast etwas zu einfach, wenn ich wandeln würde und Sie alle zustimmten, dann wären wir ja schon fertig, und das ist eindeutig noch zu früh. Ich bestreite die Wandlung. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich halte an der Motion fest. Warum?

Was ich fordere, ist ja eigentlich noch kein Endentscheid, sondern ich fordere einfach, dass diese Grundlagen uns als Rat vorgelegt werden. Ich habe natürlich die Antwort der Regierung sehr erfreut gelesen. Ich spüre hier vielleicht irgendwie ein wenig den Einfluss der neuen Finanzdirektorin. Ich bin sehr gespannt, was sie sagt. Hätte nämlich – das wage ich jetzt zu sagen – die ehemalige Finanzdirektorin gesagt: «Ja, wir nehmen das als Postulat an», dann hätte ich nie gewandelt, denn ich wäre der Überzeugung gewesen, dass dann dort in der FIN sicher mal nichts passieren würde.

Die Regierung hat das ein wenig abgehandelt. Es ist ein Dauerthema – und vielleicht für die Neuen in diesem Rat: In der Vergangenheit lief es jeweils so: Wenn da irgendjemand etwas zum Thema Berner Kantonalbank (BEB) sagte, dann begann Alt-Grossrat Haas schon zu flüstern, er sass damals jeweils zu meiner Linken, dann ging er nach vorne und sagt etwas in der Art wie: «Das geht nicht. Verfassung. Ende der Diskussion. Das ist Nestbeschmutzung. Die BEB ist ein wunderbares Unternehmen. Wir haben hervorragende Dividendenerträge», er rechnete noch die Rendite aus, und damit wäre das Thema beerdigt gewesen. Wir sind unterdessen ein neuer Rat in einer neuen Zusammensetzung, die Regierung ist auch in einer neuen Zusammensetzung, und ich spüre so etwas wie einen frischen Wind, und Adi Haas nimmt vielleicht ab und zu noch Einfluss auf die Politik, indem er so einen Twitter-Kommentar absetzt. Aber sonst hat es auch neue Köpfe bei der FDP, und sie sitzen auch nicht mehr hier, sondern etwas weiter hinten, und ich habe schon Signale erhalten, dass jetzt auch die FDP sich vorstellen kann, dass man sich auf das Thema einlässt.

Die BEB, und das ist mir wichtig, ist ein gutes Unternehmen, sie ist gut im Schuss und ich habe das Gefühl, das Management und die Strategie der BEB sind verlässlich; sie ist fit. Die BEB ist auch nicht zu vergleichen mit einer BKW zum Beispiel, die hier auch häufig ein Thema ist. Wir sind uns grossmehrheitlich einig, dass die BKW wegen der Netze ein Staatsunternehmen bleiben muss, und unterdessen sehen wir auch, dass die Produktionsanlagen Infrastruktur-kritische Bedeutung haben oder systemrelevant sind, wie man etwa sagt.

Es gibt aber andere Staatsunternehmen, wie zum Beispiel die Bedag Informatik AG (Bedag), wo man sehr grosse Fragezeichen setzen kann – und aus meiner Sicht eben auch bei der BEB. Es gibt im Übrigen auch Banken, die systemrelevant sind. Wäre die BEB so erfolgreich unterwegs wie die Zürcher Kantonalbank, dann wäre sie systemrelevant. Das ist sie aber nicht. Die BEB ist in der Vergangenheit halt ein mittelgrosses Unternehmen in der Bankenlandschaft geworden, sie ist so richtig gesundgeschrumpft, und unterdessen ist sie nicht mehr systemrelevant. Deshalb, finde ich, ist jetzt eigentlich ein recht guter Moment, der Aktienkurs ist sehr hoch ist, man könnte sich überle-

gen, ob man da nicht zumindest den Anteil reduzieren und unter 50 Prozent gehen will. Man hätte dann einen Ertrag und müsste sich auch fragen, was man mit diesem macht. Markus Aebi und ich, wir haben uns schon ein wenig Gedanken gemacht, dass man dies eigentlich auch gesamtheitlich denken müsste. Wir haben aber dennoch zwei Vorstösse gemacht, weil wir das auseinanderhalten wollten. Wir wissen, Fonds haben hier drin keine Chance. Aber wir sind beide der Meinung, man sollte die Erträge, die dann so eine BEKB gäbe, wenn man die Aktienmehrheit reduzieren würde, nicht einfach nur für den Schuldenabbau einsetzen, gerade in Zeiten, in denen man sich so günstig am Kapitalmarkt refinanzieren kann. Vielmehr sollte man von der Regierung her eine Strategie haben, wie man dies zukunftsgerichtet investieren will. Und diese Strategie sollte man eigentlich auch mit uns als Parlament diskutieren. In diesem Sinn freue ich mich in diesem neu zusammengesetzten Rat auf die spannende Diskussion.

Vizepräsident. *(Jemand hat während des Votums von Grossrat Brönnimann mit dem Vizepräsidenten gesprochen. / Quelqu'un a parlé avec le vice-président pendant la prise de parole du député Brönnimann.)* Ich bin da ein bisschen gestört worden: Du hast nicht gewandelt? – Du bleibst bei der Motion. Dann wäre die Rednerliste offen, Sie können sich anmelden.

Peter Gerber, Schöpfen (Die Mitte), Fraktionssprecher. *(Bevor der Redner anfangen kann, weist ihn der Präsident auf ein kleines Problem mit der Mikrofon-Anlage hin, das aber gleich gelöst wird. / Avant que l'orateur puisse prendre la parole, le président attire son attention sur un petit problème technique du microphone, qui est toutefois immédiatement réglé.)* Ja, das konnten wir jetzt wirklich speditiv machen. Thomas, du wirst ja wandeln, oder? Aber da wir die Motion nicht unterstützen, muss ich dennoch nach vorne kommen.

Heute diskutieren wir ja nicht, ob wir Aktien verkaufen wollen. Wie bei vielen Geschäften braucht es aber im Vorfeld eine seriöse Prüfung, damit wir auch die Entscheidungen fällen, die dann rechtsens sind. Ob dazu Art. 53 der Kantonsverfassung (KV) geändert werden muss, ist tatsächlich eine spannende Frage. Daher ist es eigentlich richtig, dass der Regierungsrat bereit ist, die Entscheidungsgrundlagen allenfalls unter Beiziehen von externen Experten zu erarbeiten und uns hier Bericht zu erstatten. Die Fraktion der Mitte stimmt für Annahme als Postulat.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. – Ein letztes Mal. – Danke für den Vorstoss, Thomas. Für die EDU-Fraktion ist es wichtig, dass der Kanton Bern Handlungsspielraum hat, dies wollen wir mit dem Vorstoss unterstützen, damit einfach die Möglichkeit besteht. Du hast gesagt, die BEKB sei nicht systemrelevant. Also, ich hoffe sehr, dass es so ist. Ich weiss nicht, ob man das so absolut sagen kann, nur weil irgendein Gremium oder eine Instanz es so beurteilt, aber hoffen wir einmal, dass es tatsächlich so ist, auch wenn es eine nächste Finanzkrise geben würde.

Es kommt ja manchmal vor, dass eine Bank in der Schweiz wie ... – es schafft, 7 Milliarden Franken in einem Monat in den Sand zu setzen. Ich habe die Hoffnung, also ich habe die Zuversicht, dass dies bei der BKB nicht passiert, aber ... – genau. Diese Frage müssen wir uns auf jeden Fall stellen. Auch müssen wir uns bewusst sein, dass wir in einem Prozess von extremen technologischen Erneuerungen und Entwicklungen sind. Ich erwähne hier die Blockchain-Technologie. Es ist durchaus möglich, dass es in zwanzig Jahren keine Banken mehr geben wird, oder nicht mehr in der Form, wie wir sie heute haben. Ich selber würde das sehr begrüßen. Ich warte auf den Tag, an dem ich kein Bankkonto mehr brauche, an dem ich meine eigene Bank sein kann, aber das ist ein anderes Thema.

Wichtig ist, denke ich, dass wir in der Zeit, in der wir leben, diese Flexibilität haben, damit wir, wenn wir als Grosser Rat finden, jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, um die Aktienmehrheit abzugeben, dies auch tun könnten. Dass es nicht zuerst einen sehr langen Prozess braucht, und wir vielleicht einen guten Moment verpassen würden, sondern, dass wir auch relativ zügig handeln könnten. Deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss auch als Motion.

Ordnungsantrag / Motion d'ordre

Ordnungsantrag Präsidium des Grossen Rates (Rappa, Burgdorf)

Geschäft 2022.RRGR.336: Verschiebung der Mittagspause, um den Abschluss der Herbstsession vorzuziehen.

Motion d'ordre de la présidence du Grand Conseil (Rappa, Burgdorf)

Affaire 2022.RRGR.336 : repousser la pause de midi pour pouvoir clôturer la session d'automne plus tôt.

Vizepräsident. Bevor ich jetzt das Wort dem nächsten Fraktionssprecher gebe, möchte ich eine kurze Frage aus dem Präsidium stellen: Wir haben noch zwei Geschäfte zu behandeln, das aktuelle Traktandum 69, und dann noch das nächste, Traktandum 70. Danach möchte Ihnen der Grossratspräsident natürlich noch einige Schlussworte mitgeben. Wir sind eigentlich der Meinung, dass wir jetzt durchziehen sollten, bis wir fertig sind. Dann dauert die Sitzung vielleicht bis um 12 Uhr, dafür sind wir am Nachmittag frei. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? *(Zwischenrufe aus dem Saal. Der Präsident schlägt eine Lösung vor, die nicht auf Zustimmung stösst. / Exclamations dans la salle. Le président propose une solution qui ne recueille pas l'assentiment général.)* Ja, die Mittagsveranstaltung, die beginnt ja um 12 Uhr, nicht bereits um 11.45 Uhr. Wir versuchen, bis um 12 Uhr fertig zu werden, und sonst würden wir nach unten melden, dass wir eventuell etwas später kommen. Aber so könnten wir durchziehen und müssten am Nachmittag nicht noch einmal antreten. *(Die Zwischenrufe gehen weiter. Etliche verlassen den Saal. / Les exclamations se poursuivent. De nombreuses personnes quittent la salle.)* Ist das ein Problem? – Das scheint ein Problem zu sein. Sollen wir darüber abstimmen? – Dann stimmen wir darüber ab: Wer dafür ist, dass wir durchziehen bis am Mittag ... Jetzt betätigen wir noch schnell den Gong, sodass alle da sind. *(Jemand geht in die Wandelhalle, um die Grossratsmitglieder hereinzurufen. / Quelqu'un se rend dans la Salle des pas perdus pour faire revenir les personnes sorties.)* Ich warte noch einen Moment. Wenn Sie so gut sein wollen, kommen Sie herein. Sonst verlieren wir noch mehr Zeit. Entschuldigung. Kommen Sie herein zum Abstimmen, bitte. *(Kurze Pause / Courte pause)* Also, ich will keine Panik. Sind Sie einigermassen am Platz?

Also, es geht darum, dass wir die Geschäfte heute Morgen noch durchziehen, inklusive die Verabschiedungen und das Schlussvotum des Grossratspräsidenten: Wer dafür ist, stimmt Ja, wer dafür ist, dass wir eine Mittagspause machen wie immer und am Nachmittag weiterfahren, stimmt Nein. Ich öffne die Abstimmung.

Abstimmung / Vote

2022.RRGR.336

Ordnungsantrag Präsidium des Grossen Rates
Motion d'ordre de la présidence du Grand Conseil

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	42
Nein / Non	95
Enthalten / Abstentions	3

Vizepräsident. Das ist ein klarer Fall, das heisst, wir fahren jetzt bis um 11.45 Uhr weiter, machen dann einen Unterbruch und fahren am Nachmittag weiter. Merci. *(Es wird sehr laut im Saal. Viele verlassen den Saal. / Le niveau sonore augmente fortement dans la salle. De nombreuses per-*

sonnes sortent.) Dann gebe ich das Wort an die Fraktion der SVP. Ich bitte Sie, sich ruhig zu verhalten. Merci vielmal.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP), Fraktionssprecher. Geschätzter Herr Grossratspräsident, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, werte verbleibende Ratskolleginnen und Ratskollegen. (*Heiterkeit / Hilarité*) Die SVP-Fraktion unterstützt die Stossrichtung dieses Vorstosses. Aus unserer Sicht ist es äusserst erfreulich, wie sich die BEKB seit der Abschaffung der Staatsgarantie in den letzten Jahren entwickelt hat. Insbesondere hat sie auch ihre unternehmerische Freiheit genutzt und sich zu einer kundenfreundlichen KMU-Bank entwickelt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen und ihren Kantonalbanken verfügen wir mit der BEKB heute über die institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen, um überhaupt über einen Verkauf sprechen zu können.

Die BEKB weist als eine von zwei Kantonalbanken die Rechtsform einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft auf, es gibt andere, die spezialrechtliche Aktiengesellschaften sind, aber es gibt nur zwei, die privatrechtliche Aktiengesellschaften sind und börsenkotiert sind und über keine Staatsgarantie mehr verfügen. Das alles sind günstige Voraussetzungen, um überhaupt zu prüfen, ob nun auch die rechtlichen Bestimmungen so geändert werden sollen, dass der Kanton Bern nicht mehr zwingend über die Aktienmehrheit verfügen muss.

Die SVP schliesst sich der Bewertung an, wonach die ordnungspolitischen Gründe gegenüber den ins Feld geführten staatspolitischen, finanzpolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen überwiegen. Deshalb sollen auf der Basis von fundierten Entscheidungsgrundlagen die nötigen Rechtsanpassungen erfolgen, damit die Aktienmehrheit nicht mehr zwingend durch den Kanton Bern gehalten werden muss. Die SVP-Fraktion stimmt der Motion mehrheitlich zu, und einem Postulat würde die Fraktion einstimmig zustimmen.

Barbara Stotzer-Wyss, Büren an der Aare (EVP), Fraktionssprecherin. Die Motionäre schreiben: «Die Berner Kantonalbank hat in den letzten Jahren ihre unternehmerische Freiheit genutzt und hat sich zu einer gesunden und kundenfreundlichen Bank entwickelt». Diese Entwicklung war ja unter den aktuellen Gegebenheiten möglich, als Kantonalbank, mit dem Kanton in der Mehrheitsbeteiligung, und von daher ist es ja auch aus Sicht der Entwicklung der Bank gar nicht nötig, dass der Kanton hier seine Mehrheiten abgibt. Es war sicher wichtig, dass der Kanton heute mit einer eigenen Strategie führt und nicht mehr Teil der Geschäftsleitung ist, so konnte eben die gesunde Entwicklung passieren.

Die Mehrheitsbeteiligung aufzugeben, hat in den Augen der EVP-Fraktion mehr Nachteile als Vorteile. Nicht nur die negativen Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung und der Wegfall von Dividendenzahlungen sind zu beachten, sondern auch, dass die Kantonalbank vielleicht gewisse Verpflichtungen wahrnimmt, die eine XY-Bank nicht mehr wahrnehmen würde. Zum Beispiel, indem die Kantonalbank Niederlassungen in den Randregionen aufrechterhält, die sie als Bank, in welcher der Kanton nichts mehr zu sagen hat, vielleicht schliessen würde. In diesem Sinn lehnt die EVP-Fraktion die Motion einstimmig ab.

Tobias Vögeli, Frauenkappelen (GLP), Fraktionssprecher. Der Staat soll Aufgaben übernehmen, die Private nicht ausführen können oder die einem allgemeinen Bedürfnis der Gesellschaft entsprechen, wonach Aufgaben in der Grundversorgung oder im Service Public in einer gewissen Quantität und Qualität, Verfügbarkeit oder zu einem gewissen Preis bereitgestellt werden sollen, die sich Private nicht leisten können oder nicht leisten wollen.

Im Bereich der Banken, und darüber sprechen wir ja, ist absolut nichts davon gegeben. Es gibt aus Sicht der GLP gerade aus ordnungspolitischen Überlegungen keinen guten Grund, wieso es Staatsaufgabe sein soll, eine Bank als Mehrheits-Aktionärin und -Aktionär zu halten, welche notabene andere private Unternehmen konkurrenziert. Die Motion schliesst im Übrigen nicht aus, dass ein sauberer Prozess gemacht wird, und das Ganze gut und sauber abgeklärt und abgewickelt wird. Die GLP-Fraktion stimmt deshalb, nicht sehr überraschend, diesem Vorstoss auch als Motion zu, selbstverständlich auch als Postulat.

Stephan Lack, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Zuerst noch rasch ein Wort zu Adrian Haas. Adrian Haas hat natürlich sehr viel Gutes für den Kanton Bern und auch für den Grossen Rat getan, und ich denke, dank Adrian Haas hat man auch viel Geld gespart und viel Bürokratie vermeiden können.

Scheinbar handelt es sich bei dieser Motion um einen Evergreen, wie ich vorhin gehört habe, der im Rat schon mehrmals zur Diskussion stand. Ich habe einmal gelernt: «Nichts heiligt so sehr vor Illusionen wie ein Mandat im Grossen Rat.» Das hat sich Thomas sicher auch schon zu Herzen genommen. Als Neo-Grossrat kann ich da natürlich nicht so richtig mitreden. Allerdings kann ich beurteilen, ob das Thema in dieser Legislatur, die wir jetzt angefangen haben, zu Recht wieder auf den Tisch kommt. Und dazu sage ich, und sagt auch die Fraktion der FDP/Die Liberalen ohne irgendwelche Vorbehalte: Ja.

Die meisten von uns können sich an die dramatischen Zeiten der BEKB vor fast dreissig Jahren gut erinnern, jedenfalls ein paar, jedenfalls die Alten, ich. Die BEKB hatte sich damals eben primär in der Kreditvergabe verspekuliert und einen Verlust von nicht weniger als 2,6 Milliarden Schweizer Franken eingefahren. Das konnte man kompensieren. Der Kanton Bern konnte die BEKB damals retten. Es ist natürlich schon nicht im eigentlichen Sinne des Haltens einer Staatsbank, dass man das machen muss.

Aber eben, die BEKB hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten, und das wurde gesagt, sehr gut erholt, erfreulicherweise sehr gut erholt, und hat sich zu einer wettbewerbsfähigen Bank entwickelt. In der Tat hat die Bank unserem Kanton auch eine anständige Dividende ausbezahlt, das hat unserer Profit-Rechnung gutgetan, und wir konnten sicher davon profitieren.

Vielleicht noch ein kurzer Exkurs: Staatsbank, Staatsgarantie, damit Sie einmal die Übersicht haben. In der Schweiz haben wir 24 Kantonalbanken, identisch sind sie aber überhaupt nicht. Von den 24 Kantonalbanken haben 21 eine unbeschränkte Staatsgarantie. Keine Staatsgarantie haben die Genfer Kantonalbank, die Waadtländer Kantonalbank und die BEKB.

Es ist unbestritten, dass die BEKB im Kanton Bern eine wichtige Arbeitgeberin und auch eine wichtige Kreditgeberin ist. Dass die Bernerinnen und Berner und auch die Berner Unternehmungen dabei aber irgendwelche Vorteile haben, ist mir persönlich nicht bekannt. Im Gegenteil, die BEKB gilt als sehr vorsichtige Bank, das sicher zu Recht – eine Bank, die eher etwas auf die Hard Facts und etwas weniger auf die Soft Facts setzt.

Natürlich können wir hier nicht den Mehrheitsanteil verkaufen und uns gleichzeitig darüber beklagen, dass die jährliche Dividende gleich hoch bleibt. Das wird sie nicht bleiben, wenn man einen Anteil der Aktien verkauft. Der Engländer würde sagen: «You can't eat the cake twice.» Ob der Ertrag aus dem Aktienverkauf schliesslich zum Schuldenabbau eingesetzt würde oder ob wir hier unser Aktien-Portefeuille diversifizieren oder ob wir andere kreative Ideen haben, wie wir das Geld sehr gut anlegen könnten, wird Gegenstand einer vertieften Analyse sein.

Wie auch immer. Die Frage, die sich letztlich stellt, ist, ob es in einem funktionierenden Bankenmarkt, so wie wir ihn jetzt auf dem Platz Bern haben, Staatsaufgabe sein kann, eine Mehrheitsbeteiligung, also quasi eine Staatsbank, im Portfolio zu haben. Aus liberaler Sicht sage ich hier, und sagt meine Fraktion, nein. Wir sind deshalb klar der Meinung, dass wir die Mehrheitsbeteiligung der Berner Kantonalbank nun wirklich konkret unter die Lupe nehmen. Die FDP unterstützt deshalb die vorliegende Motion einstimmig.

Vizepräsident. Dann würden wir jetzt Mittagspause machen. Wir sehen uns pünktlich um 13.30 Uhr. Ich wünsche allen einen guten Appetit.

Die Sitzung endet um 11.45 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 45.

Protokoll: / Procès-verbal :

Stephanie Messmer